

Obwaldner Regierung verteidigt Zusammenschluss Titlis-Frutt trotz fehlendem Konsens

Laut einer unveröffentlichten Masterarbeit besteht «kein genügender Konsens» für ein Zusammengehen von Titlis, Frutt und Hasliberg. Die Regierung gibt die Idee gleichwohl nicht auf.

Markus von Rotz
18.5.2018, 07:19 Uhr

Aufgrund eines Vorstosses von Ruth Koch (Kerns) namens der SP-Fraktion nennt die Regierung erste Details aus einer Masterarbeit der Hochschule Luzern für Wirtschaft zum Thema «Schneeparadies». Die Unterzeichnenden wollten wissen, warum die Regierung nicht über deren Ergebnisse informiere und ob sie nicht auch der Meinung sei, dass angesichts der Vorbehalte in der Bevölkerung andere Prioritäten gesetzt werden müssten? In der nun vorliegenden Antwort zieht die Regierung in der zehnzeiligen Zusammenfassung drei wesentliche Folgerungen aus der Arbeit:

Die Arbeit zeige, «dass aufgrund des Projekts Schneeparadies die Meinungen bereits weitgehend gemacht sind». Die Autoren kämen «zum Schluss, dass im Moment kein genügender Konsens vorhanden sei». Darum seien «die Grundvoraussetzungen für einen möglichen Zusammenschluss der drei Tourismusgebiete nicht gegeben».

Für die Regierung ist das kein Grund, die Idee aufzugeben. Im Gegenteil: «Dennoch seien die Abklärungen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung der drei Tourismusgebiete weiter zu verfolgen.» Klartext spricht die Regierung auch im seit kurzem öffentlich aufliegenden Richtplan: «Der Kanton setzt sich für eine gemeinde- und kantonsübergreifende Tourismusförderung ein. Überkantonale Massnahmen fokussieren auf die Zusammenarbeit zwischen Engelberg, Melchsee-Frutt und Hasliberg sowie mit der Destination Luzern und der Region Berner Oberland Ost.» Angesichts des Klimawandels müssten Engelberg und die Frutt «vorausschauend weiterentwickelt werden». Und weiter schreibt die Regierung: «Auch ein möglicher Zusammenschluss von Engelberg mit Melchsee-Frutt und Hasliberg ist vor diesem Hintergrund zu beurteilen.»

Veröffentlichung wegen Datenschutz heikel

Die Regierung begründet in ihrer Antwort auch, warum die vor einem Jahr abgeschlossene Arbeit bisher nicht veröffentlicht wurde. Auch eine Anfrage unserer Zeitung wurde negativ beantwortet. Der Inhalt basiere auf Interviews mit 27 unterschiedlich betroffenen Personen. Diesen habe man zugesichert, dass ihre Aussagen anonymisiert verwendet und nicht veröffentlicht würden. Aufgrund diverser Zitate könnte man «müheles auf Einzelpersonen schliessen».

Weil aber «einzelne Aussagen nicht unproblematisch» seien, könnten Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Es sei im Interesse des Kantons als Besteller der Arbeit und der betroffenen Akteure, erst zu informieren, wenn entschieden worden sei, wie man mit den in der Masterarbeit abgegebenen Empfehlungen umgehen wolle. «Dies wird im Verlauf des Sommers 2018 der Fall sein.» Dann stelle man die Arbeit zusammen mit Informationen über den aktuellen Projektstand und das geplante Vorgehen vor.

Die Regierung argumentiert für ihre Haltung zum Zusammenschluss vorab mit den Bedürfnissen Engelbergs: Rund 70 Prozent der Wertschöpfung stammten aus dem Tourismus, die meisten Arbeitsplätze hingen davon ab. Es brauche darum günstige Rahmenbedingungen, «damit der Rückgang der Ersteintritte in die Skigebiete verhindert werden kann». Bei einem Zusammenschluss liesse sich überdies auch das Potenzial des Sommertourismus besser ausschöpfen.

«Die Kernser sind nach wie vor kritisch»

Kantonsrätin Ruth Koch, welche den Vorstoss als Erstunterzeichnerin im März eingereicht hat, sagt in einem ersten Kommentar zur Antwort: «Ich nehme zur Kenntnis, dass in der Studie eine kritische Haltung festgestellt wurde. Demnach ist es nicht so einfach, mit dem Zusammenschluss vorwärts zu machen.» Sie frage sich auch, ob es sinnvoll sei, berechtigterweise den Sommertourismus fördern zu wollen, aber Skigebiete zusammenzuschliessen, «die primär vom Winter leben und landschaftsmässig für den Sommer keine besseren Voraussetzungen schaffen».

Schliesslich sagt Koch: «Die Bevölkerung in Kerns ist nach wie vor kritisch eingestellt. Die Angst vor dem Verkehr oder die starke Identifikation mit der Frutt sind Gründe.» Jeder Kernser habe eine persönliche Beziehung zu «seiner Frutt» und wolle die bestehenden Werte nicht aufgeben. «Es irritiert mich darum, dass man am Projekt weiter arbeiten will. Ich bin gespannt, was man im Sommer zum neusten Projektstand vorlegen will.» Auf den Hinweis, dass der Zusammenschluss nach wie vor im gültigen Richtplan stehe, sagt Koch, die seinerzeit bei der Beratung im Kantonsrat just dies erfolglos herauszustreichen versuchte: «Auch der Bau von Velowegen steht im Richtplan.» Und hier mache die Regierung ja auch nicht vorwärts.

Das Thema wird vom Kantonsrat am 24./25. Mai behandelt. Den vollen Wortlaut der Antwort finden Sie auf [diesem Link](#).

«Luzerner Zeitung»-Newsletter abonnieren

Der kompakte Überblick am Abend mit den wichtigsten Ereignissen und Themen aus der Zentralschweiz und der Welt. Zusammengestellt von der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Luzerner Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Luzerner Zeitung ist nicht gestattet.